



Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
in der Sozialdemokratischen Partei
Ostwestfalen-Lippe

Beschlussbuch Regionalkonferenz 30.05.2015

Inhaltsverzeichnis

Antrag	Name	Seite
Europapolitik		
E1	Ein Europa der demokratiekonformen Märkte – Schluss mit der Austeritätspolitik	2
E2	Das Europa der Basis – Europapolitische Strukturen in der SPD schaffen	6
E3	Festung „Europa“ überwinden – Europäische Seenotrettung sofort!	8
E4	Freien Handel positiv gestalten	9
Innenpolitik		
I1	„Bullshit made in Germany“ - DE-Mail abschaffen	12
I2	Cannabis – Prävention statt Prohibition	14
I3	Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa	16
I4	ÖPNV für Schüler*innen verbessern	18
Resolutionen		
R1	Die Mitte ist links – Wider dem Hass	20
Verbandsfragen		
V1	Lebensluft für einen feministischen Richtungsverband	24
V2	Nachhaltigkeit als Leitlinie	27
Initiativanträge		
Ini1	Kein Schutz für Polizeigewalt!	28
Ini2	Gegen das Tarifeinheitsgesetz! Für das Streikrecht der Gewerkschaften!	29
Ini3	Ehe für alle – Jede Form der Liebe ist gleich viel wert!	30

E1 Ein Europa der demokratiekonformen Märkte – Schluss mit der Austeritätspolitik

Zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz und die Regionalkonferenz der OWL-SPD

Spätestens seit der griechischen Parlamentswahl im Januar 2015 ist klar, dass es für die bisherige europäische Krisenpolitik in Griechenland keine Mehrheit gibt. Die Verhandlungen der neuen griechischen Regierung mit den Verhandlungspartner*innen aus EU, EZB und IWF machen zusätzlich deutlich, dass die europäische Austeritätspolitik nicht nur ökonomisch und sozial gescheitert ist, sondern auch demokratische und institutionelle Defizite innerhalb der Europäischen Union offenbart. Wir stehen für ein demokratisches, soziales und wirtschaftlich starkes Europa. Deshalb müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, welche Instrumente notwendig sind, damit die Menschen in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union demokratisch über politische Entscheidungen abstimmen können, ohne dass sich der Eindruck verfestigt, die Entscheidungsgewalt läge nicht in der Hand der Bürger*innen, sondern allein bei den wirtschaftlich und politisch starken Ländern oder den globalen Finanzmärkten.

Zweitens müssen wir die zunehmend einseitige Konzentration wirtschaftlicher Kraft auf wenige Wirtschaftszentren (vornehmlich im Korridor zwischen London, Paris, West- und Süddeutschland und Norditalien) überwinden und eine polyzentrische Struktur in der EU schaffen. Die Überwindung der aktuellen Krise in Griechenland ist deshalb weit mehr, als das Lösen einer lokal begrenzte „Staatsschuldenkrise“.

Sie steht im Zentrum der Frage, ob wir es zulassen, dass die EU an ihren Rändern zusehends erodiert und die Vorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den 28 Mitgliedsstaaten entgegen jeglichen progressiven Zielvorstellungen nicht auf einem höheren, sondern auf einem niedrigeren Lebensstandard herbeigeführt werden wird. Deshalb müssen unsere Forderungen nach einem Ende der Austeritätspolitik in Griechenland zugleich in einen Maßnahmenkatalog mit europapolitischem Anspruch eingebettet sein.

Darum fordern wir:

- Ein begrenztes Umschuldungsprogramm, in dem die „Maastricht-konformen Schulden“ innerhalb der Eurozone aus gemeinsamen Anleihen der EZB zu einem einheitlichen Zinssatz aufgenommen werden. Die darüber hinausgehende Neuverschuldung ist von den betreffenden Mitgliedsstaaten zum marktüblichen Zinssatz zu begleichen. Zusätzlich sollten die EZB-Anleihen durch den ESM besichert sein. Die EZB fungiert als Vermittlungsinstanz am Finanzmarkt. Für bisherige Anleihen, die sich in öffentlichem Besitz von EU-Mitgliedsstaaten befinden, könnte die Verlängerung der Laufzeiten eine Maßnahme sein. Langfristig sind wir von der Einführung von Euro-Bonds überzeugt.
- Ein gesamteuropäisches Investitionsprogramm unter Beteiligung der EIB (Europäische Investitionsbank), des EIF (Europäischer Investitionsfonds) sowie der Kohäsionsfonds EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) bzw. des ESF (Europäischer Sozialfonds). Im Bezug auf Griechenland unterstützen die Mittel aus dem gesamteuropäischen Investitionsprogramm die Strukturpolitik vor Ort und schaffen aufgrund der zusätzlich generierten Nachfrage im europäischen

Binnenmarkt die Voraussetzungen für den langfristigen öffentlichen Schuldenabbau in Griechenland. Ohne gute Konjunkturlagen in Europa werden Sparmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und bereits angestoßene Strukturreformen, wie etwa die Verbesserung der Einnahmeseite durch steuerpolitische Transparenz und Steuererhöhungen bei Besserverdienenden, in Griechenland keine Aussicht auf Erfolg haben. Die Strukturpolitik in Griechenland ist durch ein größeres Regionalentwicklungsprogramm für Südosteuropa zu flankieren. Die Investitionsprogramme werden teils aus Haushaltsmitteln der EU und der Nationalstaaten und teils aus Anleihen finanziert und lösen einen Multiplikatoreffekt aus. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der FuE-Förderung in Staaten, in denen die bisherigen FuE-Ausgaben im Verhältnis zum BIP unterdurchschnittlich sind.

- Die Verbesserung der steuerpolitischen Koordinierung in Europa durch die Umsetzung einer europäischen Finanztransaktionssteuer und die Schaffung gemeinsamer Untergrenzen für Unternehmenssteuern in der EU sowie die Binnennachfrage stimulierende Maßnahmen in Ländern mit exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen. Die Anpassung der Lohnentwicklung in Europa an die Produktivitätsentwicklung - insbesondere in den Überschussländern - schützt Europa vor einem beständigen Lohndruck nach unten bzw. einem weiteren Auseinanderfallen der Wettbewerbsfähigkeit in der EU, verstärkt durch steuerpolitische Entscheidungen
- Die Durchsetzung einer einheitlichen europäischen Bankenunion

Begründung

Im letzten Europawahlkampf hat sich die SPD zu einem Europa der Vielfalt und nicht des Zentralismus, einem Europa der Bürger*innen und nicht der Banken und Spekulant*innen bekannt, damit das Vertrauen in die europäische Idee zurückgewonnen werden kann¹. Auch wir Jusos wollen ein demokratisches, soziales und wirtschaftlich starkes Europa. Die aktuellen Entwicklungen in Griechenland zeigen jedoch, dass es mit den Ideen der letzten Europawahl noch nicht sonderlich weit gediegen ist:

Begründung für das begrenzte Umschuldungsprogramm:

Die Jahre 2010 bis 2012 hatten gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn Akteure auf den globalisierten Finanzmärkten auf den Bankrott von Staaten spekulieren können. Was Marktradikale als Disziplinierung durch den Markt zwecks der Einhaltung der Maastrichtgrenze bezeichnen, ist in Wirklichkeit eine Bankrotterklärung an die Demokratie. Im Grund genommen diszipliniert der Markt nicht die Staaten in ihrer Haushaltspolitik, sondern sorgt für politische Risikoaufschläge auf Zinsen für Staatsanleihen, die insbesondere in der Peripherie der Eurozone demokratische Prozesse beeinträchtigen. Politisch bedingte Zinsspreads entstehen teilweise unabhängig von der Haushaltssituation eines betreffenden Landes, verschärfen diese dann aber und sorgen für einen Teufelskreis. Dies passiert, weil die FinanzmarktteilnehmerInnen die Reaktionen anderer FinanzmarktteilnehmerInnen auf Basis einer Unterstellung über deren Erwartungen oder Anlageentscheidungen antizipieren, wovon wiederum der Grad der Systemirritation des Finanzsystems abhängt. Zinsen für Staatsanleihen sind umso höher, umso kleiner ein

¹ <https://www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf>

Staat ist (weil davon ausgegangen werden muss, dass Deutschland, Frankreich und Italien in der Eurozone „too big to fail“ sind und ihre Rettung durchsetzen werden, während darauf spekuliert werden kann, dass Griechenland evtl. nicht genug Macht besitzen könnte, um ein Rettungspaket durchzusetzen, weil es einfach am Markt nicht als „too big to fail“ gilt oder weil – wie aktuell – die demokratisch legitimierte Syriza-ANEL-Regierung nicht in der Mehrheitsfraktion EVP ist und somit Schwierigkeiten hat, europäische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen). Das Problem der marktkonformen Demokratie ist also nie gelöst worden.

Die Zinsaufschläge für Spanien, Portugal und Irland werden derzeit nur an den Märkten als tragbar unterstellt, weil ihre von EVP-Mitgliedsparteien gestellten Regierungen als in der Eurozone als genug vernetzt gelten, um notfalls für Hilfsmaßnahmen zu werben und weil EZB-Präsident Draghi erklärt hat, er werde den Euro retten „whatever it takes“. Riskant ist vor allem, dass die Zinsaufschläge für die gesamte Anleihe gelten und nicht für die „Maastricht-konformen Schulden“. Die Einführung von Eurobonds oder „Partielle Eurobonds“ als Kompromiss, in denen die „Maastricht-konformen Schulden“ vergemeinschaftet werden, soll das Risiko von „politischen“ Zinsaufschlägen minimieren und damit die Märkte wieder demokratiekonform machen. Die Risikoaufschläge gelten nur noch für die Neuverschuldung über die Maastricht-Kriterien hinaus.

Begründung für das begrenzte Investitionsprogramm.

Die Strategie, über eine Senkung des Lohnniveaus Griechenland wieder wettbewerbsfähig zu machen, fand in dem Glauben statt, dass, sobald die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder hergestellt sein würde, auch die Investitionen und Exporte wieder anziehen.

Stattdessen sank die Wirtschaftsleistung um 25%, die Arbeitslosigkeit schnellte hoch, die Bruttoanlageinvestitionen sanken zwischen 2007 und 2014 um 65% und am Ende stieg auch die Verschuldungsquote². Bei genauerem Hinsehen war dies auch gar nicht so verwunderlich, was den IWF mittlerweile dazu veranlasste, seine ursprüngliche Sparstrategie einer Revision zu unterziehen, da man aufgrund der hohen Binnenmarktahängigkeit den Multiplikatoreffekt der Staatsausgaben massiv unterschätzt hatte. Die Multiplikatorschätzungen des IWF fanden sich anfangs eher im niedrigeren Bereich wieder, wurden dann 2012 aber in einer revidierten Schätzung auf 0,9 bis 1,7 angehoben, dem etwa doppelten der ursprünglichen Prognosen³.

Im Jahre 2012 war das Programm der Austeritätspolitik schon im vollen Gange. Der Konsolidierungsplan für Hellas basierte auf der Annahme eines relativ niedrigen Multiplikators. Wir fordern also nicht anderes als die Korrekturen des IWF in die politische Agenda zu übernehmen und zudem zu berücksichtigen, dass Griechenland als Hochlohnstandort in einer wirtschaftlich strukturschwachen und peripheren Region Europas eher ein Nachfragesog für die gesamte Region auslösen sollte, als über Angebotspolitik eine weitere Schwächung der Nachfrage in Südosteuropa auszulösen und gleichzeitig den preislichen Wettbewerbsdruck auf andere südost- und osteuropäische Transformationsökonomien zu erhöhen, ohne dass Griechenland dabei mit der bestehenden Branchenstruktur wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren würde. Stattdessen sollten dank höherer strategischer FuE-Investitionen auch Branchen mit hoher Wertschöpfung in Südosteuropa – und vor allem in Griechenland – angesiedelt werden und so einen Strukturwandel auslösen, der ein höheres Lohnniveau tragbar macht und zugleich die wirtschaftliche Dynamik in Südosteuropa verbessert. Dass dieser Sachverhalt

2 <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11271.pdf>

3 <http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-im-teufelskreis-des-dauersparens/7282322.html>

von sozialpolitischer Relevanz ist, zeigt ein Blick auf die aktuelle Entwicklung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Europa. Während in Deutschland die R&D-Ausgaben im Verhältnis zum BIP seit 1997 von 2,3% auf knapp 3% gestiegen sind, begleitet von einer positiven wirtschaftlichen Performanz in dieser Etappe, liegt der Anteil in Griechenland, Spanien und Portugal lediglich bei 0,7%, 1,33% bzw. 1,5% (Quellen: FAZ und La Libération). Zugleich rangieren letztere drei Staaten unter den vier Ländern mit dem schlechtesten Gini-Koeffizienten in der europäischen Union, der den Grad der gleichmäßigen Einkommensverteilung bemisst (Werte von 2012/Eurostat). Obwohl die Krisenländer eigentlich massive FuE-Investitionen nötig hätten, um einen erfolgreichen Strukturwandel von weitestgehend nicht mehr konkurrenzfähigen Branchen wie der Landwirtschaft, dem Bausektor oder dem stark binnenmarktgetriebenen Einzelhandel hin zu technologie- und wissensorientierten Branchen zu vollziehen, dämpfen die Erwartungen auf niedrigere Löhne (Deflation) und die höheren Zinsen für Kredite an periphere Länder eher die Investitionstätigkeit in den ohnehin strukturschwachen Staaten und schaffen zunehmend ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, was einer progressiven Konvergenz- und Kohäsionsidee zuwiderläuft. Ein ganzheitlicher Regionalentwicklungsplan für Südosteuropa (und auch für andere strukturschwache Regionen ist Ost- oder Südwesteuropa) fördert dazu die politische Legitimation für eine Lockerung der Austeritätspolitik.

Begründung für die Verbesserung der steuerpolitischen Koordinierung

Insbesondere die Schwarz-Roten Steuerreformen der Jahre 2005 bis 2009 (Senkung der Kapitalertragssteuer und der Unternehmenssteuer sowie die Abschaffung des Wirtschaftsstabilitätsgesetzes) haben deutlich gemacht, dass für die Überschussländer ein starker Anreiz besteht, dank hoher Wettbewerbsfähigkeit steuerpolitische Spielräume auszunutzen und so die Wettbewerbsfähigkeit noch weiter zu erhöhen. Selbiges gilt für Steueroasen, wie etwa Irland mit seinen niedrigen Körperschaftssteuersätzen und zahlreichen Vermeidungsmöglichkeiten für große Konzerne. Hierdurch wird erstens die Entwicklung eines Europa der zwei Geschwindigkeiten befeuert und zweitens droht die Entstehung eines ruinösen Steuerwettbewerbs zugunsten der Großkonzerne und zu Lasten des kontinentaleuropäischen Sozialstaatsmodells. Die Anpassung der Löhne insbesondere in den Überschussländern soll die exzessiven Leistungsbilanzüberschüsse dank mehr Binnennachfrage reduzieren (nicht weniger exportieren, sondern mehr importieren) und damit zusätzlich den preislichen Wettbewerbsdruck auf die Transformationsökonomien lindern.

Begründung für eine Bankenunion:

Die Bankenkrise der Jahre 2008 und 2009 hat gezeigt, dass schnell ein Teufelskreis entstehen kann, wenn Staaten insolvente Banken retten müssen, dadurch die weiteren Staatsausgaben reduziert werden, was wiederum zu mehr faulen Krediten bei den durch den Staat geretteten Banken führen kann. Eine gesamteuropäische Bankenunion soll diesen Teufelskreis durchbrechen. Leider basiert die 2014 beschlossene Bankenunion auf Druck der Bundesregierung und der Bundesbank mit getrennten „Kammern“ beschlossen worden, wodurch der eigentliche Sinn einer europäischen Bankenunion unterminiert wird.

E2 Das Europa der Basis – Europapolitische Strukturen in der SPD schaffen

Zur Weiterleitung an den Juso-Regionalvorstand

Der Juso-Regionalvorstand wird beauftragt, konkrete Ansätze zu entwickeln, wie europapolitische Diskussionen in der NRW-SPD strukturell regionalisiert werden können.

Begründung

Europa erlebt eine gewaltige Legitimationskrise. Das Vertrauen der Bürger*innen in die Europäischen Institutionen ist eingeschränkt. Sichtbar wird das nicht zuletzt durch das Erstarken rechter und europafeindlicher Parteien auf dem gesamten Gebiet der EU. Für uns ist klar: Die europäische Idee ist eine durch und durch sozialdemokratische Idee. Trotzdem haben wir Kritik an der derzeitigen politischen Ausrichtung der europäischen Politik. Eine Europäische Union, die sich selbst politisch vor allem durch die Institutionalisierung marktradikaler Weltwirtschaftsordnungen definiert, braucht sich auch über das schrumpfende Vertrauen der Bürger*innen nicht wundern.

Für sozialdemokratische Positionen in der Europapolitik muss daher klar sein, dass jederzeit beide Argumentationen miteinander einhergehen: Wir stehen für die Europäisierung der Politik. Aber wir wollen eine andere europäische Politik, die sich nicht durch Abschottung, Austerität und intransparente Strukturen, sondern durch Offenheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie definiert.

Die sozialdemokratische Position steht also in Abgrenzung zu zwei Richtungen: Sie grenzt sich sowohl von den Europafeinden auf der einen, als auch von den marktradikalen Liberalen und Konservativen auf der anderen Seite ab. Für die nächste Europawahl 2019 lautet die entscheidende strategische Frage für die Sozialdemokratie nicht, wie sie kurz vor der Wahl durch inhaltliches Wildern in fremden politischen Lagern dort Stimmen abgreifen kann. Die wichtige Aufgabe in Vorbereitung der nächsten Europawahl lautet mittel- und langfristig die Deutungshoheit über europäische Politik zu gelangen. Gelingen kann das nur durch eine Kombination schlagkräftiger Kampagne auf Bundesebene und gut und kontinuierlich arbeitenden dezentralen Strukturen vor Ort.

Da die SPD in Ostwestfalen-Lippe seit 2009 keine eigenen Abgeordneten im Europäischen Parlament hat, fehlen vor Ort die europapolitischen Strukturen. Der regionale strukturelle Vorteil in der Auseinandersetzung um die europapolitische Deutungshoheit liegt also bei den Konservativen und den Europafeinden.

Stark genutzt wird dieser Vorteil von der CDU, die für den Abgeordneten Elmar Brok ein regionales Europa-Büro in Bielefeld betreibt. Elmar Brok gelingt es - nicht zuletzt durch seine langjährige Erfahrung im Parlament und seine guten Kontakte zur regionalen Presse - als das europapolitische Gesicht der Region wahrgenommen zu werden.

Seit 2014 sitzt neben Brok mit dem AfD-Abgeordneten Marcus Pretzell ein zweiter Ostwestfale im Europäischen Parlament. Bislang ist nicht zu beobachten, dass sich Pretzell und die regionale AfD medial erfolgreich in europapolitische Diskussionen einbringen. Stattdessen ist Pretzell derzeit auch öffentlich innerparteilichem Druck

ausgesetzt. Allerdings hat Pretzell mehrere AfD-Funktionär*innen aus der Region eingestellt. Die öffentlichen Mittel, die die AfD durch ihre Wahl in das Europäische Parlament erhält, werden also auch zur Stärkung der Parteistrukturen in Ostwestfalen-Lippe genutzt. Es ist davon auszugehen, dass die regionale AfD im Laufe der Amtsperiode bis 2019 versuchen wird, unterstützt durch öffentliche Mittel europapolitische Deutungshoheit zu gewinnen.

Nach dem Ausscheiden von Mechthild Rothe 2009 fehlen der SPD in Ostwestfalen-Lippe öffentliche Mittel um effektiv europapolitisch zu arbeiten. Bei den Europa-Wahlen 2009 und 2013 wurde Christoph Dolle als Erstplatzierter der OWL-Liste auf der Bundesliste mit nahezu aussichtslosen Plätzen abgespeist. In beiden Wahlkämpfen hat die Region bewiesen, dass sie schlagkräftigen Europa-Wahlkampf führen kann. Es muss jetzt die Aufgabe der Region sein, die Energie aus dem Wahlkampf auf die mittel- und langfristige Auseinandersetzung um europapolitische Deutungshoheit zu richten, sodass die SPD in Ostwestfalen-Lippe als die tonangebende europapolitische Kraft wahrgenommen wird.

Aber gerade die fehlenden hauptamtlichen Strukturen sind ein großes Hindernis. Im Gegensatz zu landes- und bundespolitischen Auseinandersetzungen fehlen die Kapazitäten. Deshalb wird ein neues Konzept der NRW-SPD gebraucht, mit dem europapolitische Diskussionen strukturell regionalisiert werden können.

E3 Festung „Europa“ überwinden – Europäische Seenotrettung sofort!

Zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz und die Regionalkonferenz der OWL-SPD

Wir fordern eine europäisch koordinierte Seenotrettung im Mittelmeer, sowie legale Einreisemöglichkeiten um dem Massensterben vor der europäischen Grenze entgegen zu wirken. Diese Grenze hält Flüchtlinge davon ab, in der Europäischen Union Asyl beantragen können. Dadurch können diese Menschen nicht in sichere Regionen fliehen. Wir haben ein anderes Verständnis von einem humanitären Asylrecht.

Deshalb fordern wir:

1. Sofort eine europäische Initiative zur Seenotrettung vergleichbar der italienischen Hilfsmission „Mare Nostrum“ zu starten, die gesamteuropäisch finanziert, vom europäischen Parlament legitimiert und von allen europäischen Mitgliedsstaaten zusammen organisiert wird. So kann kurzfristig und schnell auf die dramatische Situation an unseren Küsten reagiert werden, anstatt weiterhin auf Grenzabwehrmaßnahmen zu setzen. Diese Rettungsmission muss strikt von einem militärischen Einsatz getrennt sein. Die Pläne der EU, mit einem militärischen Einsatz Boote von Schleuser*innen zu zerstören, lehnen wir ab.
2. Damit Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen und in Europa Schutz suchen müssen, nicht auf eine lebensgefährliche Mittelmeerüberquerung und Schleuser*innenorganisationen angewiesen sind, müssen alle EU-Mitgliedstaaten bereits bestehende Möglichkeiten der legalen Einreise für Schutzsuchende, wie etwa die Familienzusammenführung, ausschöpfen und ausbauen. Zusätzlich müssen weitere legale und geschützte Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende, wie etwa die Vergabe humanitärer Visa, geschaffen werden.
3. Weiterhin kritisieren wir die Verteilungspraxis von Flüchtlingen nach dem "Dublin III"- Prinzip. Das Hin- und Herschieben von jährlich Zehntausenden Flüchtlingen zwischen den EU-Staaten ist menschenunwürdig und widerspricht dem Gedanken eines gemeinsamen europäischen Schutzraums für Asylsuchende.
4. Letztendlich muss an einer friedensfördernden Strategie in den Herkunfts- und Transitländern gearbeitet werden, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Dazu gehören Maßnahmen, die eine demokratischen Transformation unterstützen. Humanitäre Hilfe bedeutet immer auch eine progressive Entwicklungshilfe voranzutreiben Deutschland liegt bei den Entwicklungshilfeausgaben im Verhältnis am Bruttonationaleinkommen unter dem europäischen Durchschnitt und lediglich bei der Hälfte der UN- Milleniumsziele. Außerdem muss die Europäische Union ihre Agrar- und Fischereipolitik nach den Zielen der Entwicklungspolitik ausrichten.

E4 Freien Handel positiv gestalten

Weiterleitung an die OWL Delegierten des SPD- Parteikonventes

Die Geschichte der europäischen Union ist eine Geschichte des positiv gestalteten Freihandels. Gegründet als "europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" hat der freie Handel den europäischen Bürger*innen viel Wohlstand gebracht. Der damit eingeleitete Frieden währt seit 70 Jahren und die Freiheitsrechte, entstanden durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Handel in Europa sind unverzichtbare Bestandteile der europäischen Idee. Am Beispiel der europäischen Union lässt sich erkennen, welche Vorteile freier Handel mit sich bringen kann.

Auch die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) sollen Teil dieser Erfolgsgeschichte werden. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir im Vorfeld unsere gegenseitigen Erwartungen an beide Handelsverträge formulieren. Es kann für uns Sozialdemokrat*innen nicht darum gehen freien Handel von vorne herein abzulehnen, sondern wir wollen ihn aktiv mitgestalten.

Die beiden Handelsabkommen müssen ihren Wert in einem Fortschritt in den Arbeitnehmer*innenrechten, in dem Verbraucher*innenschutz, sowie in der Möglichkeit eines ökologisch nachhaltigen Wachstums beweisen. Transatlantischer Freihandel bietet die Möglichkeit neue Maßstäbe und Normen in diesen Bereichen zu setzen, weil mit Nordamerika und Europa die beiden größten Wirtschaftsräume zusammen wachsen wollen. Aber es gibt für uns auch Grenzen und Spielregeln der Zusammenarbeit.

Im Grundsatzprogramm aus Hamburg der SPD von 2007 heißt es dazu: "Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, der allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Gewalt." Wir Sozialdemokrat*innen wollen Globalisierung organisieren, denn nur wer sich in den Prozess einbringt, kann am Ende auch eine Welt des Wohlstands, der Gerechtigkeit und der Demokratie herbeiführen.

Aber wir sehen auch die Sorgen vieler Bürger*innen, NGOs, Gewerkschaften, Kirchen, Verbraucher*innenschutzorganisationen, Umweltschutzorganisationen, Bürger*inneninitiativen und unserer anderen Bündnispartnern. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Ihnen wollen wir mit der Forderung nach mehr Transparenz begegnen. Zwar können Vertragsverhandlungen in so sensiblen Bereichen, wie Freihandelsabkommen niemals vollständig öffentlich geführt werden, allerdings brauchen wir dringend ein öffentliches Mandat über die Verhandlungen. Das heißt, wir fordern eine politische Diskussion nach Ende der Verhandlungen über deren Ergebnisse, die ausreichend Zeit für Prüfung lässt und anschließend wollen wir durch die Zustimmung des Europäischen Parlamentes den Verhandlungsergebnissen eine Legitimationsgrundlage verschaffen.

Um deutlich zu machen, welche Erwartungen wir an die Freihandelsabkommen haben fordern wir Sozialdemokrat*innen:

1. Die Freihandelsabkommen dürfen Arbeitnehmer*innenrechte, Verbraucher*innenschutz, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden. Wir lehnen hier einen Dumpingwettbewerb ab. Vielmehr muss es Ziel sein, die Mitbestimmungsrechte, den Arbeits-, Gesundheits-, und Verbraucher*innenschutz, sowie die Sozial- und Umweltstandards zu verbessern. Der bilaterale Handel bietet die einmalige Möglichkeit neue Maßstäbe in den sozialen Standards durch

gegenseitigen Austausch zu sichern. Nationale Ressentiments und Gewohnheiten dürfen aber keine Rolle spielen, wenn es darum gehen soll, den Bürger*innen die bestmöglichen Standards zu gewähren.

2. Durch die Beseitigung von Handelsschranken entfallen Zolleinnahmen. Zwar liegen die Zolleinnahmen im Schnitt bei 4%, allerdings werden pro Tag rund zwei Milliarden Euro über den Atlantik gehandelt, so dass ein Freihandelsabkommen zu gewaltigen Verlusten führen kann. Um diese Einnahmeverluste zu kompensieren müssen zwangsläufig Steuern erhöht werden, damit auch in Zukunft ein soziales Netz für diejenigen garantiert ist, die nicht profitieren. Wir brauchen eine steuerliche Umverteilung von oben nach unten.

3. Ein Abbau von Handelshemmnissen sollte im Sinne der meisten Menschen sein. Jedoch nur solange er sich auf doppelte Verfahrensprüfungen und eine Angleichung in der höchsten Schutzfunktion beschränkt. Verbraucher*innenstandards müssen weiterhin gewährleistet sein und es soll weiterhin in der Eigenverantwortung der Vertragspartner und ihrer Parlamente stehen, welche neuen Schutzstandards sie einführen wollen. Allerdings befürworten wir Sozialdemokrat*innen auch in Zukunft eine Absprache der Vertragspartner und eine Einigung auf einheitliche Standards, damit keine neuen Hemmnisse entstehen. Das Abkommen kann durch den Abbau von Handelshemmnissen dazu beitragen optimale Rahmenbedingungen für Investitionen zu gewährleisten, dieses -qualitative - Wachstum sollte aber von vorne herein "ökologisch nachhaltig" gestaltet werden. Eine Ausbeutung der Natur für wirtschaftliche Zwecke, wie zum Beispiel durch Fracking wollen wir nicht.

4. Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Tarifautonomie sind zentrale Rechte. Sie dürfen nicht als Handelshemmnisse betrachtet werden. Es darf keine Einschränkung des Streikrechts, der jeweiligen Ausgestaltung der Sozialstaaten, der Tarifautonomie und der Mindestlöhne geben und wir fordern beide Vertragspartner dazu auf die ILO Kernarbeitsnormen und die OECD Regeln für multinationale Unternehmen zu respektieren und zu gegebenenfalls zu ratifizieren.

5. Wir brauchen keine Investitionsschutzregelungen. Diese sind durch die Möglichkeit von hohen Prozesskosten für die Staaten verbunden und gefährden deshalb die öffentliche Daseinsversorgung. Investitionsschutz ist nicht für ein Freihandelsabkommen notwendig und soll deshalb weder mit TTIP noch mit CETA realisiert werden. Außerdem brauchen wir keine privaten Schiedsverfahren. Denn auch diese Fachjuristen können zu hohen Prozesskosten führen. Sowohl die europäische, als auch die amerikanische Tradition des Wirtschaftsrechts soll bewahrt werden.

6. Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsversorgung in Europa soll erhalten bleiben. Bisherige Schutzverträge zur Sicherung dieser müssen auch in Zukunft unverhandelbar sein. Wir wollen keine Privatisierungswelle in der Daseinsversorgung und keinen Zwang zur "Entstaatlichung". Auch darf das Abkommen keine Vereinbarung im Sinne eines "privat vor Staat" beinhalten. Die Aufgaben der Kommunen dürfen nicht vom europäischen

Freihandel beeinträchtigt werden. Einen Ausverkauf in unserer Kulturlandschaft wollen wir von vorne herein ausschließen. Urstaatliche Aufgaben wie beispielsweise Bildung und Justiz müssen auch staatlich bleiben. Kulturförderung muss ebenfalls Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Das Abkommen darf nicht dazu führen, dass Subventionen für Theater und Museen gestrichen werden, die Buchpreisbindung abgeschafft oder das öffentlich-rechtliche Fernsehen aufgelöst wird.

7. Die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise haben gezeigt, dass eine striktere Regulierung der Finanzwirtschaft dringend notwendig ist. Eine solche Regelung kann aber nur ihr Potenzial entfalten, wenn sie international getroffen wird. Der weltweite Wohlstand würde sich steigern, wenn es gelänge das Freihandelsabkommen auch dazu zu nutzen endlich verpflichtende Regeln zur Regulierung dieses Wirtschaftssektors zu etablieren.

Parallel zum TTIP-Abkommen muss es ein Rahmenabkommen zwischen der EU und den USA zum Datenschutz in der Strafverfolgung und dem Umgang mit Daten allgemein geben. Der rechtliche Schutz europäischer BürgerInnen vor Datenspionage muss garantiert werden. Da das Freihandelsabkommen eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen einläuten soll, brauchen wir die Zusage eines "No-Spy"-Abkommens.

8. In den Verhandlungen ist jede Art von Zeitdruck abzulehnen. Öffentliche Diskussionen brauchen ihren angemessenen Platz in einer Demokratie. Deshalb soll nach Ende der Verhandlungen Zeit zur Einsicht in die Ergebnisse und deren Prüfung bestehen, gegebenenfalls auf Schwachstellen hinzuweisen und anschließend eine verbesserte Nachverhandlung zu erwirken. Das Abkommen muss jedoch komplett durch demokratisch legitimierte Vertreter*innen ausgehandelt werden. Die undemokratische Nachverhandlung von wichtigen Detailfragen in Expert*innenkommissionen oder Regulierungsausschüssen ist auszuschließen.

9. Das Abkommen soll eine Klausel zur Kündigung seiner Verpflichtungen enthalten.

10. Um dem Abkommen die notwendige Legitimation zu verleihen bedarf es unbedingt einer Zustimmung des europäischen Parlamentes als die Vertretung aller Europäer*innen, denn einen Freihandel ohne die Bürger*innen darf es nicht geben. Wirtschaft und Handel müssen sich demokratischen Spielregeln unterwerfen. Mit anderen Worten brauchen wir demokratiekonforme Märkte und kein marktkonforme Demokratie.

Wir Sozialdemokrat*innen glauben, dass sich unter Berücksichtigung dieser zehn Grundsätze ein guter Freihandel für beide Seiten realisieren lässt. Wir sind optimistisch, dass wir so die Chancen der Globalisierung für eine Sicherung des Wohlstands der europäischen und amerikanischen Bürger*innen, sowie eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen gewährleisten können.

11 „Bullshit made in Germany“ - DE-Mail abschaffen

Zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz und die Regionalkonferenz der OWL-SPD

Das De-Mail-Gesetz schafft mehr Probleme, als es löst. Der aus dem Gesetz folgende Dienst „De-Mail“ ist unsicher, unbrauchbar und öffnet ein Scheunentor für Überwachung und Missbrauch. Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung des Gesetzes und sowie den Rückzug der bereits ausgestellten Akkreditierung.

Begründung

Im Jahr 2011 träumte die damalige Bundesregierung den Traum vom digitalen Wandel. Zukünftig sollten die Bürger*innen nicht mehr nur auf „antiquierten“ Kommunikationsmittel wie Brief oder Fax vertrauen müssen, sondern ihre Korrespondenz mit Behörden oder Unternehmen auch auf digitalem Weg abschließen können. Da die E-Mail in ihrem herkömmlichen Umfang hierfür nicht geeignet schien, wurde ein eigenes Konstrukt erdacht: die De-Mail.

Die De-Mail sollte als separate Technologie neben der normalen E-Mail vor allem Sicherheit, Vertraulichkeit und einen zuverlässigen Identitätsnachweis bieten, um so seine Behördengänge oder sonstige vertrauliche Kommunikation digital abbilden zu können.

Leider wurde keines dieser Ziele erreicht!

Um die Identität der De-Mail-Nutzer*in festzustellen, muss diese sich einmalig in bestimmten Geschäften ausweisen. Der Prozess wird von normalen Angestellten der jeweiligen Geschäfte durchgeführt. Eine sichere und korrekte Prüfung der Identität kann hierbei nicht sicher angenommen werden. Der Missbrauch von Identität ist somit nicht ausgeschlossen. Das Ziel der zuverlässigen Identitätsfeststellung, etwa für Einkäufe im Internet, kann somit nicht erreicht werden.

Die Sicherheit und Vertraulichkeit ist das größte Problem der De-Mail. Zwar schreibt das Gesetz vor, dass die Kommunikation verschlüsselt ablaufen soll, also auf dem Weg vom Absender zum Empfänger nicht abgegriffen und gelesen werden kann.

Trotz alledem wird eine De-Mail auf dem Weg zur Empfänger*in mehrfach vom Dienstleister entschlüsselt, um die Integrität und den Inhalt auf Viren zu überprüfen. Dies sollte alles dem Schutz der Nutzer*innen dienen. Durch die zwischenzeitliche Entschlüsselung der De-Mail durch den Anbieter ist jedoch eine zuverlässige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nicht gegeben. Der Provider sowie seine Mitarbeiter*innen können den Inhalt der De-Mail während der Verarbeitung jederzeit einsehen und Unbefugten zugänglich machen.

Hierdurch wird Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Polizei, Geheimdienste und potentielle Angreifer*innen können leicht Zugriff zu unverschlüsselten Kommunikationsdaten erlangen.

Ebenso werden die wenigen Rechenzentren der Dienstleister zu lohnenden Zielen für Angreifer*innen. Sensible Informationen werden nicht mehr dezentral vorgehalten, sondern an wenigen Punkten verarbeitet.

Da das technische Vorgehen offensichtlich als nicht sicher einzustufen ist, hat die damalige Regierung den Prozess per Gesetz für sicher erklärt. Hier wird deutlich, dass eine unsichere Kommunikation billigend in Kauf genommen wird. Vielmehr sollen die Bürger*innen durch den offiziellen Charakter des Dienstes dazu verleiten werden, ihre sensible Kommunikation über diesen durchzuführen.

Da die bisherige Resonanz eher gering ist und die Anmeldezahlen für die Dienste-Anbieter und den Gesetzgeber gering sind, wird befürchtet das die Nutzung der De-Mail für bestimmte Dienste und Angebote über die Zeit immer mehr zu Pflicht wird, um die Nutzungszahlen zu steigern.

Hierdurch werden zum einen immer mehr Bürger*innen zu einer unsicheren Kommunikation gedrängt, auf die der Staat und die Anbieter direkten Zugriff haben. Zum anderen kann die eindeutige Identifizierung im Internet zum Ausschluss bestimmter Kund*innengruppen genutzt werden, etwa wegen angeblich mangelnder Bonität oder auch nur wegen Missliebigkeit oder Kritik am Unternehmen.

Da die Benutzung der De-Mail für sensible Kommunikation eine Gefahr für die Sicherheit und Integrität der Daten der Benutzer*in darstellt, ist von einer Benutzung nur abzuraten. Gerade seit den Veröffentlichungen von Edward Snowden sind digitale Sicherheitskonzepte von Staaten mit einer besonderen Vorsicht zu behandeln.

Um einen Missbrauch durch eine Zwangsnutzung zu verhindern, ist das Gesetz abzuschaffen und den Dienste-Anbietern die Akkreditieren zu entziehen. Nur so lässt sich verhindern, dass ein Missbrauch der Daten durch Geheimdienste oder Angreifer*innen durchgeführt wird.

12 Cannabis – Prävention statt Prohibition

Zur Weiterleitung an die Regionalkonferenz der OWL-SPD

Die SPD OWL wird beauftragt sich mit den Möglichkeiten einer kontrollierten Freigabe der weichen Droge Cannabis zu beschäftigen und gemeinsam mit Experten*innen, Beratungsstellen und Bürger*innen, die nötigen Schritte einzuleiten, um durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten in lizenzierten Abgabestellen, den negativen Auswirkungen der Prohibition und des dadurch entstehenden Schwarzmarktes entgegen zu treten.

Begründung:

In Deutschland kann Cannabis ausschließlich illegal erworben oder angebaut werden. Durch den Kontakt zum illegalen Markt geraten Kund*innen schneller in Kontakt zu härteren Drogen, als durch kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten in Supermärkten, Apotheken oder Coffeeshops.

Cannabis – so befand das Bundesverfassungsgericht 1994 – könnte nicht per se als Einstiegsdroge gewertet werden.

Im Gegenteil: Die Verfolgung mehrerer Millionen Cannabiskonsument*innen in Deutschland ist völlig unverhältnismäßig und hat keinerlei positive Signalwirkung oder sonstige positive Auswirkungen. Angesichts der Tatsache, dass in den Niederlanden, wo Cannabis de-facto frei erhältlich ist, die Zahl der Konsument*innen im oder - in Teilbereichen - sogar unter dem europäischen Durchschnitt liegt, ohne dass Bürger*innen staatlich verfolgt werden zeigt, wie sinnlos die in Deutschland vorherrschende Prohibitionspolitik ist.

Es führt viel mehr zu einer unnötigen Belastung der Polizei, des Zolls und des Bundesgrenzschutzes, einem Glaubwürdigkeitsverlust des Staates u.a. bei Warnungen vor harten Drogen und bringt alle deutschen Cannabiskonsument*innen unnötig in Gefahr. Aufgrund fehlender staatlicher Kontrolle von Cannabis kann Haschisch von Dealer*innen mit anderen Substanzen gestreckt werden. Dadurch können unüberschaubare gesundheitliche Probleme für die Konsument*innen entstehen. In gestrecktem Haschisch finden sich Henna, Sand oder Fette; in seltenen Fällen wurden auch giftige Substanzen wie Pentachlorphenol (PCP), Bleisulfid, Altöl oder Schuhcreme nachgewiesen. Die Verdünnung ist relativ schwer zu erkennen, da Konsistenz und Geruch durch schwarzmarktbedingt wechselnde Quellen und Herstellungsverfahren variieren.

In Leipzig kam es im November 2007 zu schweren Bleivergiftungen von Konsumenten durch kontaminiertes Marihuana. Wiederum zu neuen Fällen von Schwermetallvergiftungen aufgrund von Cannabiskonsums kam es Anfang 2009 in Bayern und Baden-Württemberg. In dem mutmaßlich konsumierten Cannabis bzw. im Blut der Konsument*innen konnte Quecksilber, Cadmium und Blei nachgewiesen werden.

Da es keinen kontrollierten Markt für Cannabisprodukte gibt, stellen sich Probleme bezüglich der Qualität ein. Da die Dealer*innen sich meist selbst aus wechselnden Quellen

versorgen, ist nie klar, wie hoch der Wirkstoffgehalt tatsächlich ist. Außerdem werden Fälschungen oder Streckungen beobachtet; die Konsument*innen gehen in solchen Fällen aus Angst vor eigener Verfolgung meist nicht gegen den Dealer*innen vor. Ein hoher THC-Gehalt im Blut ist an sich kein Problem, solange die Konsument*innen wissen, was sie konsumieren und sich entsprechend in seinem Konsumverhalten darauf einstellen können. Aber ein Verbot von Cannabis führt zu einer mangelnden staatlichen Qualitätskontrolle, wie sie bei anderen Substanzen längst Pflicht ist.

Es ist unsinnig eine jahrtausende alte, auch als Droge verwendet relativ harmlose Kulturpflanze erwachsenen, verantwortungsbewussten Bürger*innen zu "verbieten". Vor allem angesichts der Tatsache, dass dieses Verbot offensichtlich nicht durchsetzbar ist. Dort wo Cannabismärkte durch massive staatliche Repression wegbrechen, bilden sich Ersatzdrogenmärkte von synthetischen Drogen, deren Folgen um einiges unübersichtlicher sind.

Eine wirksame Drogenpolitik verurteilt und verfolgt nicht die Konsument*innen, sondern die Schwarzmärkte. Durch eine Legalisierung erkennt die Politik lediglich das Recht auf Rausch an, der in anderen Bereichen z.B. Alkohol, Nikotin, Medikamente längst kultureller Alltag ist. Doch während bei Alkohol schon ca. die 5- bis 8-fache Rauschdosis tödlich wirkt, müsste bei Cannabis für eine letale Dosis die 1.800fache Menge konsumiert werden, die zum Zustandekommen eines Rausches benötigt wird. In der Praxis ist dies unmöglich. Noch nie ist weltweit eine Person an einer Cannabisüberdosierung verstorben.

Ein häufig nicht ausgesprochenes Ziel des Verbots ist die totale Abstinenz. Großzügig werden dabei legale Drogen übersehen. Dabei war legal oder illegal, eine Entscheidung die rational nicht nach vollziehbar ist. Wir meinen, eine drogenfreie Gesellschaft ist weder realistisch noch wünschenswert.

Aus freiheitlichen und demokratischen Gründen sollte jede*r für sich selbst entscheiden dürfen, ob und welche Drogen er oder sie konsumieren möchte.

13 Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Zur Weiterleitung an die Delegierten der OWL-SPD zum SPD-Parteikonvent

Wir fordern die Delegierten der OWL-SPD zum SPD-Parteikonvent auf, den folgenden, von „D64, Zentrum für digitalen Fortschritt e.V.“ entwickelten Antrag auf dem Parteikonvent zu unterstützen!

Der SPD-Parteikonvent möge beschließen:

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie. Auch die im April 2015 veröffentlichten Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos und flächendeckend Telekommunikations- und hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw. Monate gespeichert. Die SPD lehnt die Leitlinien ab und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.

Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.

Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die

damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder gar auszugleichen kann führt am Ziel vorbei.

Die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das mit vermeintlichen – aber nicht belegten – Vorteilen bei der Strafverfolgung nicht aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung und Vorbeugung von Straftaten müssen Energie und Ressourcen gezielt zum Einsatz gebracht werden und daher v.a. die Personalmittel von Polizei und Sicherheitsbehörden ihren Aufgaben angemessen aufgestockt werden.

14 ÖPNV für Schüler*innen verbessern

Zur Weiterleitung an die Regionalkonferenz der SPD OWL

Die SPD-Region OWL fordert die Erweiterung der Gültigkeit von Schüler*innentickets auf die Gesamtregion OWL, rund um die Uhr das ganze Jahr. Zudem sollen auch alle nichtfreifahrtberechtigten Schüler*innen ein Schüler*innenticket erhalten. Langfristig ist Ziel einen fahrscheinlosen und kostenlosen ÖPNV für alle einzuführen.

Begründung

In OWL leben 2 Millionen Menschen für deren Lebensqualität ein fortschrittlich ausgebauter ÖPNV von zentraler Bedeutung ist. Ein Großteil der Einnahmen des ÖPNV werden derzeit über die Schülerbeförderung sichergestellt. Dabei begrenzen sich die Kommunen in OWL überwiegend auf ihre gesetzlichen Verpflichtungen. Vereinzelt wurde bereits die Einführung des Chill-Tickets in einigen Kommunen diskutiert, ein Schritt in die richtige Richtung. Dieses Angebot erreicht aber nur die Freifahrtberechtigten Schülerinnen und Schüler und verschärft damit die bestehende Ungerechtigkeit. Manchmal entscheiden nur wenige Meter darüber, ob ein/-e Schüler/-in von der Kommune kostenlos ein Ticket für die gesamte Region gestellt bekommt oder ob diese/-r allein für den Schulweg jährlich mehr als 600,- teilweise auch über 800,- Euro selber aufbringen muss. Für viele Familien, gerade sozial schwache oder mit mehreren Kindern, gar nicht möglich.

Die Verkehrsverbünde Rhein-Ruhr und Rhein-Sieg haben für Ihre Kommunen Options- und Solidaritätsmodelle entwickelt, bei denen Freifahrtberechtigte für eine Gebühr von 6,- (Geschwisterkinder) bis 12,- Euro ein Ticket für Ihre gesamte Region rund um die Uhr erhalten. Im Gegenzug konnten die Gebühren für nicht-Freifahrtberechtigte für ein Ticket je Ticket auf die Hälfte und auch auf bis zu einem Drittel der Kosten in OWL reduziert werden. Zudem gelten diese Tickets ebenso in der gesamten Region und auch rund um die Uhr. Dabei konnten die Kosten für die Kommunen stabil gehalten werden. Natürlich bestünde auch bei diesem Modell die Möglichkeit für Kommunen, die Gebühren für Freifahrtberechtigte selber zu tragen, entsprechend der Regelungen beim Chill-Ticket.

R1 Die Mitte ist links – Wider dem Hass

Die SPD will eine Partei der linken Mitte sein. Es darf ihr jedoch nicht darum gehen ihre eigenen Werte und Normen an eine "Neue Mitte" anzupassen, um so Wähler*innenstimmen zu generieren. Vielmehr muss Ziel sein durch linke Ideen die Mitte von einem linken Wertekontext zu überzeugen, damit die Mitte wieder links wird.

Die Mitte der Gesellschaft ist gefährdet. Sie droht rechts auszuscheren. Der Kampf um diese Mitte wird für Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen dabei in der politischen Deutungshoheit über die Werte und Normen, die diese Mitte vertritt, gewonnen. Dabei ist mit "Mitte der Gesellschaft" keine politische Mitte zwischen einem rechten und linken politischen Lager gemeint und auch keine ökonomische Mitte im Sinne einer Mittelschicht. Sie ist vielmehr als Querschnitt der Gesellschaft zu verstehen. Rechtsextreme, menschenfeindliche, demokratieentleerende, marktkonforme und antieuropäische Einstellungen finden in dieser Mitte Nährboden und entspringen ihr.

Die offene Flanke Rechtsextremismus

Nicht erst seit Bekanntwerden der schrecklichen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) weiß die Sozialdemokratie, dass Rechtsextremismus und Linksextremismus keine zwei Seiten der selben Medaille sind. Sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht gibt es gravierende Unterschiede. So sind – laut Amadeu Antonio Stiftung - seit 1990 mindestens 184 Menschen durch rechte Gewalt zu Tode gekommen, durch linke Gewalt kein einziger. Und der Zeit Redakteur Christian Bangel schrieb nach Aufdeckung der NSU Morde: "Von Jahr zu Jahr glauben weniger Menschen daran, dass Demokratie und Marktwirtschaft ihre Probleme lösen können. Es ist ein Unterschied, ob die Bürger darauf mit der Forderung nach Umverteilung reagieren oder sich rassistische Feindbilder suchen."⁴

Zwar konnte die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung "Fragile Mitte feindselige Zustände" nachweisen, dass rechtsextremistischen Meinungen in Fragen von Ausländerfeindlichkeit oder Nationalismus abgenommen hat, aber sie zeigt auch an, dass bestimmte Einstellungen in der Bevölkerung, wie z.B. die Zustimmung zu einer Diktatur nahezu unveränderte Zustimmung findet.

Andere Einstellungen, wie der Antisemitismus, wandeln sich und erscheinen getarnt als "Israelkritik", welche aber die gleichen Stereotypen des klassischen Antisemitismus aufgreift.

Alarmierend ist zum Einen, dass, laut der Studie, gerade die junge Generation der unter 30 Jährigen sehr wieder empfänglicher für rechtsextreme Einstellungen zu sein scheint, als ihre Elterngeneration. Auch konnten die Forscher*innen keine signifikanten Unterschiede bei den Zustimmungswerten nach der Einkommensverteilung fest machen. Der Trugschluss, dass rassistische und faschistische Einstellungen am ehesten in den unteren sozialen Schichten vertreten ist, wird damit widerlegt.

Am ehesten noch kann von einer Abnahme der Zustimmung gesprochen werden, je höher

⁴Christian Bangel – "Schafft das Wort Extremismus ab!", Zeit online, 24.November 2011

der Bildungsabschluss ist. Zwar schützt ein Hochschulabschluss nicht vor dem Aufgreifen rechtsextremer Meinungen, aber es zeigt sich, dass gute Aufklärungsarbeit am besten im Kampf gegen Rechts helfen.

Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen wissen über die Unterschiede zwischen linkem und rechtem Extremismus. Sie fördern Aufklärungsprojekte und den kulturellen Austausch. Insbesondere lokale Initiativen sollten selbstverständlich gefördert werden. Aber es dürfen nicht nur Symptome bekämpft werden, sondern Ursachen für fremdenfeindliche Einstellungen, wie die Angst vor dem sozialen Abstieg müssen Ernst genommen werden.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Neben offenem Rassismus und dem klassischen Rechtsextremismus müssen wir uns auch mit dem Problem der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen. Vor allem im Bereich der sexuellen Orientierung entsteht Hass auf all jene, die von der "männlichen heterosexuellen Norm" abweichen: Homosexuelle, Bisexuelle, Asexuelle, Transgender sind hierbei nur einige Ziele der Verachtung. Grundsätzlich richtet sich die Verachtung von Frauen, die in ein klassisches Lebensmodell gedrängt werden sollen. Ausgrenzungsprozesse sind dabei oftmals subtil. Als eine emanzipatorische Bewegung ist in der Sozialdemokratie kein Platz für jene, die das eine oder andere Lebensmodell kategorisch ablehnen. Es muss die Freiheit eines jeden sein, das Leben nach seinen Wünschen zu gestalten.

Gleichzeitig müssen wir aber auch anerkennen, dass Freiheit nicht "das Recht des Stärkeren" bedeuten darf. Soziale Schutzräume und Quoten sind – leider – weiterhin unabdingbar. Es handelt sich dabei nicht um persönliche Einschränkungen oder Verzicht, sondern um einen notwendigen Ausgleich von sozialen Privilegien.

Auch religiöse Gruppen werden für ihre moralischen und religiösen Ideen angegriffen. Angriffe auf Synagogen im Sommer 2014 zeigen, dass der längst tot geglaubte Antisemitismus immer noch in der breiten Bevölkerung vorhanden ist. Rund 20% der Bevölkerung hängen einem latenten oder starken Antisemitismus nach. Dabei wird der Nahostkonflikt immer wieder instrumentalisiert um unter dem Deckmantel einer "legitimen Israelkritik" Ressentiments über "den Juden" zu verbreiten. Auf der Liste des Simon-Wiesenthal-Centers der größten Antisemiten finden sich jährlich immer wieder Deutsche, was im historischen Kontext dieses Landes ein nicht hinnehmbares Makel ist. Islamophobie bedeutet, dass die große Gruppe der gläubigen Muslim*a mit negativen Attributen per se behaftet wird. Dabei ist eine Differenzierung radikalisierender Bestrebungen unabdingbar. Im Zeitraum Januar 2012 bis Juni 2014 kam es Ansicht der Bundesregierung zu 78 islamfeindlichen Straftaten rund um Moscheen. Darin nicht eingeschlossen ist der Hass, dem sich Muslim*a täglich stellen müssen. Hier fehlt es oft an differenzierter Aufklärung über die religiösen Grundlagen des Islam. Menschen, die andere Menschen wegen ihres Glaubens nicht als Teil der Gesellschaft sehen, gehören verurteilt. Und eine Debatte, ob der Islam zu Deutschland gehört, ist absurd. 4 Millionen Muslim*a sind längst Teil der deutschen Gesellschaft.

Auch Zahlen zu Antiziganismus wurden 2011 erfasst. 40,1 Prozent der Deutschen hätten „[...]Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“ würden. 27,7 Prozent der Befragten finden, „Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt

werden", und 44,2 Prozent stimmen dem Satz „Sinti und Roma neigen zu Kriminalität“ zu.⁵

Auch Menschen mit Behinderungen werden weiterhin ausgegrenzt. Zwar hat Deutschland die Resolution der Vereinten Nationen zur Inklusion ratifiziert, aber noch lange nicht umgesetzt. Vielleicht liegt es daran, dass Menschen – zum Teil sogar per Gesetz - immer noch unter dem Gesichtspunkt ihrer produktiven Wertigkeit eingestuft werden und Menschen mit Behinderungen deshalb nur zähneknirschend willkommen geheißen werden. Für Sozialdemokrat*innen ist Leben niemals qualifizierbar, sondern immer ein Wert an sich.

Demokratieentleerung mit Basisdemokratie füllen

Der Anteil der Nichtwähler*innen wird immer größer. Gerade einmal die Hälfte aller Wahlberechtigten machen noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dabei schwingt das Gespenst der "Postdemokratie" über allem. Nicht die demokratische Beteiligung der Bürger*innen, sondern die jeweiligen Wahlergebnisse werden zum Maßstab von Politik.

Politik, die sich an den Interessen von Eliten knüpft, führt dazu, dass sich Bürger*innen von dieser Politik und folglich auch von der Demokratie abwenden. Der Verfall von politischer Kommunikation gipfelt im zentralen Vorwurf einer "Lügenpresse", die eine Entfremdung von Politik, Medien und Wähler*innen aufzeigt.

Sozialdemokrat*innen dürfen diese Entfremdung nicht zulassen und sie müssen ihr entgegenwirken. Als soziale Bewegung waren sie immer nah bei den Bürger*innen. Deshalb dürfen sie nicht in der gleichen Weise politische Abschottung betreiben mit dem alleinigen Ziel Wahlen zu gewinnen, wie die konservativen Kräfte, sondern müssen unter der Prämisse einer fortwährenden Gleichheit der Menschen, ihre Ängste und Sorgen vor sozialem Abstieg ernst nehmen, hinterfragen und sie ihnen nehmen.

Es ist eine schwierige Aufgabe den Diskussionsfaden zu einer großen Gruppe der Uninformierten nicht abreißen zu lassen und sich trotzdem nicht mit ihren Ideen gemein zu machen. Hier muss die Partei gemeinsame Lösungsstrategien erarbeiten, um auch diese Menschen zu erreichen und ihnen wieder eine politische Heimat zu bieten. Auch wir nehmen die Sorgen dieser Bürger*innen vor sozialem Abstieg ernst, aber unsere Antwort heißt Solidarität statt Ausgrenzung.

Schlussendlich ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem der Mitte unserer Gesellschaft. Ein niederschwelliges Einfallstor für jene, die sich rechtsextremen Bewegungen anschließen. Rechtsextremismusprävention muss deshalb durch Demokratiebildung und eine Wiederbelebung demokratischer Prozesse geschehen.

Gleichzeitig erleben wir gerade in der Debatte über Asylpolitik vor Ort eine große Hilfsbereitschaft, die sich als bewusster Gegenpol gegen die rechten Bestrebungen sieht. Es ist auch die Aufgabe der Sozialdemokratie den Menschen, die sich vor Ort für eine bunte und lebendige Gesellschaft einsetzen, unter die Arme zu greifen.

Demokratiekonforme Märkte statt marktkonforme Demokratie

⁵Heitmeyer, Wilhelm. Deutsche Zustände: Folge 10. Suhrkamp: Berlin, 2012 S.39-40

Elitenbildung und deren soziale Ungleichheit widersprechen demokratischen Prozessen, weil in demokratischen Prozessen grundsätzlich alle Meinungen und Ideen in einem gleichwertigen Wettkampf miteinander stehen. Die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche höhlt dabei die Demokratie immer mehr aus.

Deshalb können wir Sozialdemokrat*innen auch keine marktkonforme Demokratie befürworten. Der Begriff des demokratischen Sozialismus beschreibt hingegen das Ideal einer Gesellschaft, die sich dem ökonomischen Wertigkeitsbegriff verweigert.

Wir wollen eine Gesellschaft der Freien und Gleichen und dem müssen sich auch die Märkte beugen. Zentrales Instrument der Sozialdemokratie ist deshalb die Umverteilung. Nur durch eine ökonomische Angleichung ohne die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zur Selbstverwirklichung zu nehmen, kann unser langfristiges Bestreben sein. Dass die Freiheit des Einzelnen zur Zeit nicht zur Disposition steht, macht eine Oxfarmstudie aus dem Jahr 2014 deutlich: Im Jahr 2016 wird 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als der gesamte Rest.

Es handelt sich bei diesem neoliberalen Extremismus um eine Ausweitung des ökonomischen Gedankens auf das Soziale. Dabei wird die Solidarität innerhalb der Gesellschaft stets auf den Prüfstein der wirtschaftlichen Gewinnbringung gestellt. Menschen, die diesen Gewinn nicht erwirtschaften können, wird die Hilfe entweder verweigert oder sie in Frage gestellt. Menschen sind für Sozialdemokrat*innen keine Kosten-Nutzen-Rechnung ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit, sondern wir streben auf eine Gesellschaft zu, in der ein Arbeitsprozess an sich ausgezeichnet wird, weil jeder Mensch sich soweit einbringt wie es im möglich erscheint.

Grenzenlos europäisch

Der Prozess der europäischen Einigung ist bemerkenswert. Grenzenlos reisen durch Länder, die sich über Jahrhunderte bekämpft haben, darf sich wohl als erfolgreichstes Friedensprojekt bezeichnen und ist ein massiver zivilisatorischer Fortschritt. Zu Recht wurde deshalb die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Aber es gibt noch viel zu tun. Die weitere Integration von anderen europäischen Staaten stellt die EU in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. In Europa haben sich antieuropäische Parteien und Bewegungen etabliert, die unseren Gedanken von der europäischen Solidarität entgegen laufen. Wir wollen nicht, dass in Europa Staaten gegeneinander ausgespielt werden, sondern weiter zusammen wachsen. Sozialdemokrat*innen engagieren sich für den europäischen Einigungsprozess. Wir wollen keine Festung Europa. Täglich sterben Menschen an den Grenzen Europas. Die EU gibt jedes Jahr ein gewaltiges Budget aus, um Europa wirtschaftlichen Flüchtlingen zu schützen, aus Ländern, die der europäische Imperialismus über Jahrhunderte ausgebeutet hat. Wir haben eine ethische Verantwortung nicht nur diese Menschen nicht im Mittelmeer sterben zu lassen, sondern durch eine koordinierte Entwicklungszusammenarbeit diesen Menschen zu helfen. Auch hier braucht es Umverteilung vom reichen Norden in den armen Süden. Jene, die am stärksten unter den Entwicklungen eines Klimawandels leiden, am wenigsten von seiner industriellen Entwicklung profitiert haben. Die Menschen wollen ihre Heimat nicht gegen eine unsichere Zukunft in Europa tauschen. Sie müssen. Wir Sozialdemokrat*innen sind für grenzenloses Europa.

Mit den Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität hat die Sozialdemokratie einen guten Wertekontext um den Gefahren einer nach rechts driftenden Mitte entgegen zu treten. Dieser Wertekontext ist es auch, der unser Angebot an eine Mitte darstellen sollte. Nicht die Vereinnahmung von politischen Forderungen die diesen Werten entgegen stehen bringt langfristige Wahlerfolge für die SPD, sondern eine konsequente Rückbesinnung. Denn die Mitte teilt diese Werte. Die Mitte ist links.

V1 Lebensluft für einen feministischen Richtungsverband

Zur Weiterleitung an den Jusos-Regionalvorstand

„Selbstkritik ist Lebensluft“ - Rosa Luxemburg

Wir Jusos OWL fordern unseren Vorstand auf, *zusätzliche* Maßnahmen zu ergreifen, um auf mehr Geschlechtergerechtigkeit und ein klares feministisches Profil hinzuwirken. Wir wollen:

1. Dass geeignete Maßnahmen zur Unterrepräsentanz von Frauen bei den OWL Jusos entwickelt und umgesetzt werden. Wir beauftragen den Vorstand der Jusos OWL – gerne auch in Zusammenarbeit mit der regionalen AsF - ein Programm „Frauen in die Vorstände – Frauen in den Verband“ auszuarbeiten und so den Kreisverbänden und Unterbezirken einen Leitfaden zu geben, wie weibliche Mitglieder für die Jusos gewonnen werden können und verstärkt in die politische Arbeit eingebunden werden. Auch ein „Feminismus“-Beauftragte*r soll kooptiertes Mitglied des Vorstandes werden und sich ansonsten aus dem Vorstand heraus finden um in der konkreten politischen Arbeit auf die Geschlechterfrage zusätzliche Aufmerksamkeit zu lenken. Um gemeinsam im Vorstand ein Frauenförderungsprogramm für den Regionalvorstand sowie die Kreisverbände und Unterbezirke zu entwickeln, sollte die Zusammenarbeit mit Organisationen zur Frauenförderung (in Wirtschaft und Gesellschaft allgemein) gesucht werden.

2. Dass im Zuge feministischer Themen auch verschiedene Männlichkeiten ins Bewusstsein gerückt und reflektiert werden. Erwartete Stereotype decken sich nicht der Diversität an sozialen Geschlechtern. Für falsche Erwartungen an Weiblichkeit herrscht im Verband oft schon ein Problembewusstsein, wenn gleich das nicht zwangsläufig auch zur Verbesserung führt, allerdings noch nicht für „männliche Stereotypen“. Ein progressiver Verband muss auch das Bild des „immer starken Beschützersmannes“ in kritischer Frage stellen. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung dieses Ziels – der Betonung diverser sozialer Männlichkeiten – werden vom Regionalvorstand gerne aufgegriffen.

3. Dass wir OWL Jusos uns stärker für einen gleichberechtigten Umgang aller, Frauenförderung und feministische Positionen innerhalb der SPD-Strukturen und darüber hinaus stark machen. Sozialdemokratie und Feminismus gehörten immer zusammen und sollen auch in Zukunft selbstverständlich zusammen gehören. *An diesen programmatischen Grundsätzen halten wir als feministischer Richtungsverband auch weiterhin fest.*

4. *Auf allen Tages- und Wochenendveranstaltungen der Jusos OWL sollen Feminismus und feministische Zielsetzungen gebührend berücksichtigt werden. Seminare, Diskussionen („feministischer Blickwinkel“ auf Themen) oder die Durchführung einer feministischen Viertelstunde bieten dazu Möglichkeiten.“*

5. *Wir Jusos setzen uns für die Durchsetzung einer geschlechtergerechten Sprache innerhalb unseres Verbandes, in der SPD und der Gesellschaft ein. Uns ist dabei bewusst, dass sich die entsprechenden formalen – und miteinander konkurrierenden – Sprachregeln (Binnen-I, I, x, _, *, x) gesellschaftlich noch lange nicht durchgesetzt haben. Das heißt auch, dass diese Sprachregelungen vielen Menschen noch gar nicht richtig bewusst sind. Hierzu gehören auch SPD-Mitglieder, Jusos und viele Menschen, die progressiven Veränderungen in unserer Gesellschaft aufgeschlossen*

sind. Bisher sind das Binnen-I, die Nutzung der Verlaufsform („Studierende“, „Arbeitende“ etc.) und die zweigeschlechtliche Aufführung von Bezeichnungen („Genossinnen und Genossen“) der Mindeststandard auf allen Juso-Ebenen. Für die Einhaltung dieser Mindestanforderungen wollen wir weiterhin offensiv werben, indem wir dazu auffordern, alles – bei uns: Anträge, Aufsätze oder Pressemitteilungen etc. – durchgehend geschlechtergerecht zu schreiben. Außerdem ist es notwendig, auch in der SPD und darüber hinaus freundlich klarzustellen, dass nur die Anwendung von geschlechtergerechter Sprache im Einklang mit unseren gesellschaftlichen Zielen steht. Die Etablierung von Standards sollten wir auf weitere Gesellschaftsbereiche ausdehnen. Darüber hinaus sind wir Jusos offen für Formen geschlechtergerechter Sprache, die über Verlaufsformen, zweigeschlechtliche Bezeichnungen und Binnen-I hinausgehen. Aktuell präferieren wir Jusos OWL das Gendern* mit Stern. Durch die *-Weise wollen wir verschiedene Geschlechter und Menschen einbeziehen, die sich keinem Geschlecht zuordnen können oder wollen.

Begründung:

Wir Jusos OWL gehören einem feministischen Richtungsverband an und erwarten Gleichstellung in unseren eigenen Reihen oft als gegebene Selbstverständlichkeit. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen ist eine vollständige Gleichstellung von Mann und Frau immer noch nicht erreicht. Zum einen existieren immer noch oder weniger offensichtliche Diskriminierungsmechanismen wie das Gender Pay Gap, gegen die wir und die SPD seit Jahren politisch vorgehen. Vor allem sind es die subtilen Mechanismen, die Frauen aus bestimmten Bereichen (so auch der Politik) und von höheren Positionen zu einem viel zu großen Teil ausschließt.

Wir Jusos OWL sind zwar immer bereit politische Positionen mitzutragen, aber weder denken wir diese immer konsequent mit noch können wir sie immer umsetzen. Gerne arbeiten wir für Frauenquoten in Unternehmen und nehmen doch Quoten im eigenen Verband oftmals als lästige politische Hürde hin. Wir können uns nicht für die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft einsetzen und selbst durch unser Verhalten bewusst oder unbewusst das Patriarchat implementieren.

Zu Zeit ist Bielefeld der einzige Unterbezirk, der in Form einer Doppelspitze zum Teil „weiblich repräsentiert“ ist. Auch im Vorstand der Jusos OWL kann man mit nur zwei Frauen nicht von einer funktionierenden Quotierung sprechen. In der konkreten Juso-Arbeit in OWL sind vorwiegend Männercliquen anzutreffen, die die politische Arbeit unter sich verteilen. Auch wenn dies nicht aus bösen Absichten passiert und die Gegebenheiten vor Ort durch einen scheinbaren Mangel an politikinteressierten Jungsozialistinnen unveränderbar scheint, müssen wir mit schärferen Quoten dagegen vorgehen. Wir müssen es als feministischer Richtungsverband schaffen den Anteil beider Geschlechter in der Gesellschaft zu repräsentieren und um so wirklich pluralistisch aufgestellt zu sein.

Zu einem progressiver Feminismus müssen Männer und verschiedene Männlichkeiten selbstverständlich mitgedacht werden. Wir Jusos schließen uns der breiten Meinung in der Geschlechterforschung an, dass das soziale Geschlecht konstruiert ist. Nicht nur Frauen werden permanent mit den von der Gesellschaft festgelegten Rollenbildern konfrontiert sondern genauso Männer. Der omnipotente emotionslose Dauerperformer ist weder ein erstrebenswertes Ideal sondern auch in der Realität nicht erfüllbares Stereotyp eines

Mannes. Wenn wir wirklich für ein Verständnis der Gleichheit zwischen den Geschlechtern eintreten, müssen wir Jusos zunächst einmal akzeptieren, dass es mehr als ein duales Geschlechtersystem gibt und die Unterschiede zwischen verschiedenen Frauen beziehungsweise Männern größere sind als die zwischen der scheinbaren Merkmalsgruppe „Mann“ und „Frau“. In einem zweiten Schritt gilt es dann, die soziale Kategorisierung kritisch zu hinterfragen.

Die SPD ist ambivalent in der Frauenfrage. Trotz langer feministischer Tradition mit Vorkämpfer*innen wie Clara Zetkin, die Einführung des Frauenwahlrechts und der ersten Frauen im Parlament und im Ministeramt gehören frauenlose Vorstände und Herrenwitze zum Alltag in großen Teilen der SPD. Wichtige Entscheidungen werden oft von Männercliquen in Hinterzimmern getroffen. Zwar haben die Genoss*innen zum größten Teil akzeptiert, Teil einer feministischen Partei zu sein, aber politische Maßnahmen finden oft nur dort auch Zustimmung, wo sie nicht weh tun. Die aus der Wirtschaft bekannte „gläsernen Decke“, die es Frauen extrem schwer macht trotz höherer Qualifikation als der männliche Bewerber an Führungspositionen zu kommen, gilt auch in den Vorständen der SPD. Sie ist die älteste feministische Partei Deutschlands, aber nur knapp 30% ihrer Mitglieder sind weiblich (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012). In vielen Teilen der Partei fehlt es an grundsätzlichem Bewusstsein über sexistisches Verhalten, patriarchales und diskriminierendes Verhalten.

Aber dort wo das unwidersprochen bleibt, verfestigen sich antiquierte Denkmuster. Wir Jusos müssen konsequent für eine feministische und sexismusfreie Partei kämpfen, in der alle Mitglieder auf Augenhöhe partizipieren können. Darüber hinaus muss die Partei weiblicher werden. Dazu zählt neben einer kritisch-feministischen Sicht auf die eigenen Gremien auch das Vertreten von feministischen Positionen in der Öffentlichkeit. Außerdem müssen wir Jusos uns für die bereits erreichten feministischen Errungenschaften stark machen. Frauenquoten in Parteigremien erfüllen keinen Selbstzweck, sondern sind ein wichtiges Instrument, Frauen repräsentativ zu ihrem Anteil in der Gesellschaft auch den Platz in der Partei zu geben.

Feminismus ist also eine Querschnittsaufgabe. Für uns Jusos OWL ist es deshalb unumgänglich in unserer Verbandsarbeit immer die feministische Sichtweise auf Themen einzunehmen und so das Bewusstsein für Ungleichheiten auszuweiten. Dazu eignet sich die „feministische Viertelstunde“ besonders gut, weil hier versucht wird, gesellschaftliche Themen feministisch zu durchleuchten. Ein Feminismus-Workshop einmal im Jahr, an dem ohnehin nur wenige Menschen teilnehmen, reicht nicht aus, um Feminismus bei den OWL Jusos voranzubringen. Er ist keine einmalige politische Forderung sondern eine ständige Aufgabe.

Ein wichtiger Teil der feministischen Bewegung war immer auch die Sprache. Durch Sprache tauschen wir keine reinen Fakten aus, wir benutzen sie mit viel mehr Wirkung. Über sie lassen sich Rollenmuster transportieren und sie kann sowohl ausschließen, als auch integrieren. Wir wollen über einen fortschrittlichen Sprachgebrauch möglichst viele soziale Gruppen integrieren. Die „*-Form des Sprachenderns kann diese Aufgabe erfüllen, weil sie aus einem dualistischen Verständnis von Geschlechtern ausbricht und Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven nicht für eines der beiden biologischen Geschlechter entscheiden wollen mit einbindet. Aber erst wenn es uns gelingt diese Art des Sprachgebrauchs auch in der Partei und darüber hinaus zu implementieren, ist sie in der Gesellschaft angekommen.

V2 Nachhaltigkeit als Leitlinie

Zur Weiterleitung an den Juso-Regionalvorstand

Der Selbstanspruch der JungsozialistInnen in der SPD (Jusos) geht weit über die Rolle hinaus, SPD-Jugendorganisation zu sein. Vielmehr wollen die Jusos ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband sein, wie es v.a. aus der Potsdamer Grundsatzerklärung von 1991 hergeleitet wird. Im Zentrum des Juso-Selbstverständnisses steht ein immer wieder aktualisierter Begriff des Sozialismus'. Daraus leiten sich Feminismus und Internationalismus ab bzw. sie sind ein wesentlicher Bestandteil davon: Dimensionen des Sozialismus'.

Als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband haben die Jusos i.d.R. den Anspruch, die drei genannten Leitbegriffe als Leitlinien durchgehend zu berücksichtigen. Diese Leitlinien werden als Querschnittsaufgabe angesehen. In einer breiteren Auslegung können sie z.B. auch in Antifaschismus, Internationalismus, Gleichstellung und Bündnisarbeit unterteilt werden, wie es gegenwärtig vom Landesvorstand der NRWJusos vertreten wird. In beiden Interpretationen haben die Juso-Leitlinien und die daraus abzuleitenden Forderungen nichts an ihrer Aktualität eingebüßt. Wer allerdings die Entwicklung der Juso-Programmatik und unsere Beschlusslage betrachtet, wird auf eine Lücke in unserem Selbstverständnis aufmerksam.

Seit die Jusos Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre an der Seite der Umweltbewegung gegen Atomkraft und Umweltverschmutzung demonstrierten, hat sich der Verband immer wieder zu einem Verständnis von Nachhaltigkeit im Bezug auf Mensch und Natur bekannt. Das Ziel der sozialen Emanzipation des Menschen ist immer stärker mit der ökologischen Selbstgefährdung der Gesellschaft verknüpft worden. Heute haben wir Jusos einen Fortschritts-, Wirtschafts- und Wachstumsbegriff, der sehr eng mit dem gesellschaftlichen Ziel einer sozial-ökologischen Transformation verbunden ist. Nachhaltiges Wirtschaften ist unser Ziel. Auch dieses Ziel ergibt sich aus unserer Sozialismus-Definition.

Um dieser programmatischen Entwicklung Rechnung zu tragen, sollten wir Jusos Nachhaltigkeit als eine Leitlinie unseres Verbandes verstehen. Nachhaltigkeit verdient es, als übergreifende Querschnittsaufgabe betrachtet zu werden. Deswegen fordern wir, uns als sozialistischer, feministischer, internationalistischer und nachhaltiger Verband zu definieren.

Nachdem ein solcher Beschluss gefasst ist, sollte im Verband ein übergreifender Nachhaltigkeitsbegriff diskutiert und programmatisch beschlossen werden (organisiert vom Juso-Bundesvorstand).

Wir beauftragen den Juso-Regionalvorstand damit, eine Diskussion über Nachhaltigkeit als Leitlinie der Jusos anzustoßen.

Ini1 Kein Schutz für Polizeigewalt!

Zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Im Juni 2014 geriet der 39-Jährige Hüseyin E. in Herford in eine Polizeikontrolle, bei der es zu einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen E. und der Polizei kam. Erst während des Prozesses wurde anhand von Videoaufnahmen aus dem Streifenwagen deutlich, dass die Gewalt von nicht von E., sondern von der Polizei ausging.

Auch Polizist*innen sind Menschen und können Fehler machen, auch wenn die Anforderungen an ein deeskalierendes Verhalten bei Beamt*innen höher angelegt werden müssen, als bei einfachen Bürger*innen. Wirklich skandalös ist aber der nachträgliche Umgang mit dem Fall seitens der Herforder Polizei. Offensichtlich wurden die Akten für den Prozess bewusst so fälschlich angefertigt, dass der sich falsch verhaltende Polizist geschützt und E. unrechtmäßig belastet werden sollte.

Dieser Umgang mit dem Fall stört das Vertrauen von Bürger*innen in die Polizei fundamental.

Deshalb fordern wir:

1. Eine lückenlose Aufklärung des konkreten Falls. Dabei muss auch geklärt werden, ob möglicherweise rassistische Motive Ursache für die Gewalt sein könnten.
2. Einen Automatismus, nach dem bei Anzeigen gegen Polizist*innen nicht das eigene Präsidium, sondern eine unabhängige Stelle ermittelt.
3. Die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Polizeikennzeichnung.

Ini2 Gegen das Tarifeinheitsgesetz! Für das Streikrecht der Gewerkschaften!

Weiterleitung an SPD-Regionalkonferenz und Juso-Landeskonferenz

Wir lehnen das Tarifeinheitsgesetz ab. Die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit darf nicht angetastet werden, das Streikrecht, auch von kleinen Gewerkschaften, darf nicht durch ein Gesetz faktisch abgeschafft werden. Wir halten an dem Ziel „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ fest. Der Weg dahin liegt jedoch in der Organisationsautonomie der Gewerkschaften und der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder. Gewerkschaften werden nicht per Dekret erfolgreich. Sozialdemokratische Politik muss die Rahmenbedingungen schützen und schaffen, erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zu ermöglichen.

Begründung:

Das Tarifeinheitsgesetz stellt einen massiven Eingriff in die vom Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit und das damit verbundene Streikrecht dar. Als sozialdemokratische Jugendorganisation können wir uns nicht einfach darauf verlassen, dass dieses Gesetz ohnehin vom Bundesverfassungsgericht gestoppt wird. Wir müssen unsere Gegnerschaft zu einer gewerkschaftsfeindlichen Gesetzgebung, unter maßgeblicher Beteiligung unserer Mutterpartei und Teilen des DGB, politisch artikulieren. Wir müssen den Verantwortlichen deutlich machen, dass sie sich im klaren Widerspruch zu den Traditionen der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung befinden, wenn sie das, durch diese Bewegungen hart erkämpfte, Koalitions- und Streikrecht nicht nur in Frage stellen, sondern für bestimmte Berufsgruppen abschaffen.

Die Einrichtung des größten Niedriglohnssektors in der Europäischen Union, im Zuge weitergehender Deregulierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, hat den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Belegschaft und die Organisationsfähigkeit massiv geschwächt. Diese Schwäche jetzt mit einem Gesetz gegen kleinere Konkurrenzgewerkschaften, die ihre Schlagkraft durch ihre Mitgliederstruktur erhalten haben, ausgleichen zu wollen, ist der falsche Weg.

Sozialdemokratische Politik bedeutet hier, weiter an der Einheitsgewerkschaft festzuhalten, ohne ihre Grundlagen, nämlich Koalitionsfreiheit und Streikrecht, auch nur andeutungsweise in Frage zu stellen.

Ini3 Ehe für alle – Jede Form der Liebe ist gleich viel wert!

Zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion

Die Jusos OWL sind für eine Öffnung der Ehe. Wir fordern eine geschlechtsneutrale Ehe. Ehe – als gesellschaftliche Institution und Organisation des Zusammenlebens – muss heterosexuelle wie homosexuelle Paare umfassen. Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Öffnung der Ehe gegen den Koalitionspartner durchzusetzen.

Begründung:

Irland hat sich per Referendum für die Einführung einer gleichgeschlechtliche Ehe entschieden. Damit wurde in Deutschland eine Debatte angestoßen, die eigentlich nicht mehr in das 21. Jahrhundert gehört. Ein weiteres Land der europäischen Union macht vor, wie Gleichberechtigung und Gerechtigkeit funktionieren. Damit haben bereits 12 Länder der EU die Ehe für Homosexuelle geöffnet.

Gleichgeschlechtlichen Paaren ist in Deutschland bis heute die Ehe verwehrt, was sowohl eine konkrete als auch eine symbolische Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität darstellt. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Änderung des Eheverständnisses gibt es keine haltbaren Gründe, homo- und heterosexuelle Paare unterschiedlich zu behandeln und am Ehehindernis der Gleichgeschlechtlichkeit festzuhalten.

Das Signal der Große Koalition zur Öffnung der Ehe fällt viel zu schwach aus. Wie so oft stellt sich die Union in den Weg. Ihr sind alle sachlichen Argumente ausgegangen und verharrt übereinstimmend bei einem „unguten Gefühl“. Denn es gibt keine sachlichen Gründe, die gegen eine Öffnung der Ehe sprechen.

Die Öffnung der Ehe wird in keiner Weise eine Schwächung der Institution der Ehe, wie von konservativer Seite immer behauptet, hervorrufen. Im Gegenteil – sie wird den zeitlichen Gegebenheiten angepasst und erhält neue Impulse. Es ist auch keine Änderung des Grundgesetzes notwendig, denn das allgemeine Verständnis vom geschützten Begriff der Ehe hat sich im allgemeinen Bewusstsein gewandelt.

Die Gesellschaft ist schon längst den Weg der Moderne gegangen und akzeptiert homosexuelle Partnerschaft. Über zwei Drittel der Deutschen befürworten eine Öffnung der Ehe. Wir Jusos stehen an der Seite der modernen Gesellschaft und halten gemeinsam Gerechtigkeit und Gleichberechtigung hoch. Wir brauchen keine Ehe zweiter Ranges. Jede Form der Liebe ist gleichviel wert! Deshalb fordern wir - Ehe für alle!